Nummer 289 Halle, Donnerstag, den 5. Oktober 1922 57. Jahrgang
Einzelpreis: Sechs Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten „Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 120.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 175.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 115.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 8.00, im auswärtigen Verkehr Mark 10.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 25.00 im Ortsverkehr und Mark 40.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Hauszentrale: Sammel-Nummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Mark 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung. Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Präsidentenwahl am 3. Dezember.

Lechows Darstellung des Kahenaumordes / Die Aussichten der Mudaniakonferenz / Abbruch der Verhandlungen über die Beamtenbesoldung

Amerika und der Orient.

Während in Mudania die Vorbesprechungen begonnen haben, ist plötzlich eine Note des Auswärtigen Amtes in Washington bei den Ententemächten eingetroffen, in der Amerika Stellung zum Orientproblem nimmt. Zunächst fordert der Staatssekretär Hughes, daß überall und unter allen Umständen das amerikanische Eigentum respektiert werde. Nachdem diese Hauptsache für die Amerikaner erledigt ist, geht die Note au die ideellen Forderungen Amerikas ein. Sie verlangt, daß die christlichen Minderheiten in der Türkei und die mohammedanische Minderheit in Thrazien geschützt werden sollen. Das sieht nach einer bestimmten Stellungnahme aus. Denn bekanntlich behaupten die Türken, daß Thrazien von einer mohammedanischen Mehrheit bewohnt sei. Offenbar aber ist es den Amerikanern hier weniger um eine Stellungnahme zu tun, und sie fassen den geographischen Begriff Thrazien wohl auch etwas weiter, als jenes Gebiet geht, das die Türken für sich beanspruchen. Am Schlusse der amerikanischen Note wird ein Problem angeschnitten, das in nächster Zukunft in allen Grenzgebieten von Grund auf behandelt zu werden verdient. Die amerikanische Note schlägt nämlich vor, gewisse Landstreifen den Minderheiten vorzubehalten, so daß es möglich ist, die Nationalitäten in großem Umfange umzusiedeln. Das ist freilich eine unendlich schwierige Aufgabe, aber die wird am besten das Problem der nationalen Minderheiten regeln. Ob freilich die Ententemächte bereit sind, sich an dieser überaus schwierigen Frage die Finger zu verlengen, darf füglich bezweifelt werden. Das Orientproblem ist an sich schon kompliziert genug. Wenn es zutrifft, daß die Engländer den Rückzug der Türken aus der neutralen Zone und das Verbleiben der englischen Truppen im Tschanakgebiet zur Bedingung machen und außerdem Thrazien durch die Griechen nicht räumen lassen wollen, bevor die Angoraregierung nicht klar auf die Ententenote geantwortet hat, so ist der Erfolg der Vorkonferenz von Mudania noch einigermaßen zweifelhaft.

Zuversichtliche Stimmung in London.

London, 5. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Lloyd George ist noch immer von London abwesend und wird erst zurückkehren, wenn der erste Bericht des General Harrington über die Konferenz von Mudania eintreffen wird. In offiziellen Kreisen ist man über den Ausgang der Konferenz zuversichtlich gestimmt und glaubt, daß in der Frage der Abgrenzung Thraziens eine rasche Lösung gefunden wird. Dagegen ist man zur Räumung nicht geneigt. In militärischen Kreisen weist man darauf hin, daß eine Flotte sich in diesen engen Gewässern allein nicht halten könne, sondern der Unterstützung einer Landarmee bedürfe.

Paris, 5. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Aus Konstantinopel meldet der „Intransigeant": Der Vertreter Mustapha Kemals hat kategorisch erklärt, daß für den Fall, daß England die Forderungen der Kemalisten ablehnen sollte, Angora alle Verhandlungen abbrechen und die türkischen Truppen auf Konstantinopel marschieren lassen würde. Kemals Plan sei, Skutari anzugreifen und die Dardanellen etwas weiter südlich zu überschreiten.

Paris, 4. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Aus Konstantinopel wird gemeldet: Der Konferenz von Mudania liegen folgende Punkte zugrunde: 1. Skizzierung der Grenzen Ostthraziens, 2. Räumung Thraziens durch die griechischen Truppen und Behörden, 3. Wiederherstellung der Türkei, 4. die Frage der neutralen Zone, 5. die Lage in Konstantinopel. Die auswärtigen Korrespondenten haben energischen Einspruch dagegen erhoben, daß man ihnen die Fahrt nach Mudania verboten hat.

Der Vorsitzende der Repko.

Paris, 5. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern nachmittag fand ein wichtiger Ministerrat statt, in dessen Verlauf der Nachfolger Dubois in der Reparationskommission bestimmt wurde. Bradbury soll, dem „Matin" zufolge, in Straßburg gesagt haben: Es ist möglich, daß ich Präsident der Reparationskommission sein werde. Wenn die Regierung mich dazu auffordert, werde ich mich meiner Pflicht nicht entziehen.

Genf, 5. Oktober. (Eig. Drahtmeldung. In der gestrigen Schlußsitzung des Völkerbundsrates wurde die österreichische Frage endgültig entschieden. Damit hat die Tätigkeit des Völkerbundsrates wie auch der dritten Session der Völkerbundsversammlung ihren Abschluß gefunden. Die meisten Delegierten werden heute oder morgen abreisen.

Deutschlands Reparationsleistungen.

Paris, 4. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die soeben erschienenen Schriftstücke der Reparationskommission bieten ein vollständiges Bild der bisher geleisteten deutschen Zahlungen. Die erste Periode, die mit dem 30. April 1921 abschloß, brachte folgende Gutschriften für Deutschland: in Goldmark Barzahlungen 112 121 000, Sachleistungen 1 251 064 000, Lieferungen aus dem Waisenstillstandsabkommen 1 183 226 00, Unterseekabel 49 000 000, unbewegliche Sachgüter 2 504 342 000, zusammen 5 099 753 000. Die zweite Periode beginnt mit dem 1. Mai 1921 und dauert bis zum Ende des Jahres 1921. Sie brachte eine Fixierung der deutschen Verpflichtungen auf 132 Milliarden Goldmark. Eine dritte Periode begann mit dem deutschen Verlangen nach einer Zahlungsaufschub, das zu den Bestimmungen von Cannes und dem Zahlungsplan vom 21. März 1922 führte. In diesen beiden Zeiträumen vom 1. Mai 1921 bis zum 30. April 1922 wurden Deutschland gutgeschrieben: Barzahlungen 1 513 660 496, Sachleistungen 560 475 414, Lieferungen aus dem Waisenstillstandsabkommen 3 676 816, zusammen 1 877 814 729 Mark. Die Gesamtleistungen Deutschlands bis zu einem letztgenannten Zeitpunkte betragen danach nach Ansicht der Reparationskommission in Goldmark 6 977 567 729.

Berlin, 4. Oktober. (Drahtmeld.) Die Botschafterkonferenz hat die Bezüge der Mitglieder der interalli. Kontrollkommission mit Wirkung vom 1. September an auf das Dreifache des bisherigen Satzes erhöht. Demgemäß erhalten fortan monatlich außer ihrem Heimatsgehalt u. a. der Vorsitzende General 310 800 Mark, sonstige Generale sowie Obersten und Oberstleutnants 229 425 Mark, Majore 147 525 Mark, Hauptleute, Leutnants und Unterleutnants 139 275 Mark, Unteroffiziere 75 730 Mark und Gemeine 45 900 Mark.

Der Kabinettsrat über die Präsidentenwahl.

Berlin, 5. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die Regierung hat in den gestrigen Besprechungen mit den Parteiführern zunächst den Vertretern der Regierungsparteien den Vorschlag gemacht, die Wahl des Reichspräsidenten möglichst bald vorzunehmen. Die Regierung nimmt Sonntag, den 3. Dezember, als Wahltermin in Aussicht. Wie wir hören, haben die Regierungsparteien diesem Vorschlage zugestimmt. Ein Vertreter der Deutschnationalen, mit dem die Angelegenheit besprochen wurde, erklärte sich mit dem nahen Wahltermin einverstanden. Die Deutsche Volkspartei hat zu dem Vorschlag der Regierung noch nicht offiziell Stellung genommen. Es ist aber mit großer Sicherheit zu erwarten, daß in der heutigen Kabinettssitzung eine Gesetzesvorlage angenommen wird, die die Neuwahl des Reichspräsidenten auf den 3. Dezember anberaumt. Dies würde vom Reichstag wohl gleich nach seinem Zusammentritt am 17. Oktober angenommen werden.

Der Dollar

hat seit gestern wieder, wie im August, den Stand von 2000 überschritten. Zweifellos trägt unsere passive Handelsbilanz und die Auffassung von Devisen durch die Reparationsleistungen erheblich zur Verschlechterung der Mark bei. Die stürmische Aufwärtsbewegung der letzten Tage kann jedoch nur dadurch erklärt werden, daß neben den Devisenbedarf der Wirtschaft die Spekulation getreten ist. Daneben ist der Mangel an fremden Zahlungsmitteln auch dadurch zu erklären, daß Zahlungen für Auslandslieferungen nicht in Deutschland, sondern bei ausländischen Banken gutgeschrieben werden, und daß fremde Geldsorten, namentlich Dollars, auch von Privatleuten gehamstert werden. Diese Aufspeicherung von Dollars geschieht zur Sicherung gegen die Entwertung der eigenen Währung, wobei aber die Hamsterer vergessen, daß sie gerade dadurch zur Verschlechterung der Währung beitragen.

Keine Einigung in der Besoldungsfrage.

Berlin, 5. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die bereits seit einigen Tagen im Gange befindlichen Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über den Umbau der Beamtenbesoldung sind von der Regierung als aussichtslos abgebrochen worden. Ueber die wichtigste Frage der Neuordnung der Grundgehälter und des Einbaues der Teuerungszuschläge in diese konnte im wesentlichen eine Verständigung erzielt werden. Dagegen wandte sich die Mehrzahl der Organisationen gegen die Absicht der Regierung, die bisher für alle Besoldungsgruppen gleiche Frauenzulage, die sich in dieser Form nicht bewährt hat, künftig nach Prozentsätzen zum Grundgehalt zu bemessen. Das Bestreben der Reichsregierung, durch eine prozentuale Gestaltung der sozialen Zulagen eine weitere Neubildung der Beamtengehälter zu erhalten, entspricht der Stellungnahme des Reichstages und der Länder. Der an den Verhandlungen beteiligte Reichsbund der höheren Beamten sprach sich im Interesse des Leistungsprinzips in der Frage des Kopfzuschlages und des Frauenzuschlages abweichend von der Haltung der übrigen Organisationen aus. Die Regierung hat sich bereiterklärt unter Berücksichtigung des Standpunktes der widerstrebenden Verbände gegebenenfalls weiterzuverhandeln. Andernfalls wird sie eine entsprechende Vorlage dem Reichstag unterbreiten.

Keine erweiterte Zuständigkeit der Amtsgerichte. Auf eine Kleine Anfrage des demokratischen Abgeordneten Korell hat der Reichsjustizminister erwidert, daß zur ähnlichen Erhöhung der amtsgerichtlichen Zuständigkeitsgrenze von 3000 auf 10 000 Mark das Verhältnis zwischen amtsgerichtlicher und landgerichtlicher Geschäftsbelastung dasselbe werden wird, wie es vor dem Kriege war. Eine Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte soll zunächst unterbleiben, aber einerseits, wenn die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse ein erneutes Eingreifen der Gesetzgebung notwendig macht.

Heutiger Stand des Dollars 2060!

Brotsorgen.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Kaum haben uns die Reparationssorgen eine kurze Atempause gegönnt, da melden sich die inneren Sorgen zum Wort und pochen mit hartem Knöchel Einlaß heischend an die Tür. Diese inneren Sorgen mehren sich mit der fortschreitenden Geldentwertung und der damit immer größer werdenden Teuerung von Tag zu Tag und drohen nachgerade unser ganzes Volk mit wenigen Ausnahmen völlig zu proletarisieren. Das nächste große innerpolitische Problem, das jetzt auf der Tagesordnung erscheint und leider auch die Möglichkeit einer inneren Krise in sich birgt, ist die von der Reichsregierung beschlossene Verdreifachung des Getreideumlagepreises für das erste Umlagedrittel, durch die sich der Preis des Markenbrotes um etwa das Doppelte erhöhen wird. Es ist keine Frage, daß dieser Beschluß von tiefeinschneidender Wirkung für den weitaus größten Teil der Volksgesamtheit ist. Denn das Brot ist das wichtigste Volksnahrungsmittel, dessen Verteuerung angesichts der ohnehin immer höher kletternden Preise aller übrigen Nahrungs- und Bedarfsmittel vor allem die Minderbemittelten besonders hart trifft. Dieser Erkenntnis verschließt sich gewiß auch die Regierung nicht. Ebensowenig aber kann sie sich der Einsicht verschließen, daß sie der Zwangslage Rechnung tragen muß, die darin liegt, daß der Umlagepreis zu einer Zeit beschlossen wurde, zu der die heutige Geldentwertung noch ganz und gar nicht vorauszusehen war, und daß er also einigermaßen dem jetzigen Geldwert angepaßt werden muß. Es ist zwar ein ausgezeichnetes propagandistisches Mittel, sich auf den Standpunkt zu stellen, wie es die Vereinigte Sozialdemokratische Partei tut, daß jede Preiserhöhung grundsätzlich abzulehnen sei.

Ob dieses Mittel aber in der Tat auch Erfolg verspräche, den Erfolg nämlich, daß das Brotgetreide auch angeliefert würde, steht denn doch auf einem anderen Blatte. Schon bisher sind von dem umlagepflichtigen Getreide nur wenig über 120000 Tonnen zur Ablieferung gelangt, gegenüber 400 000 Tonnen im gleichen Zeitpunkte des Vorjahres, und es wäre sehr zu befürchten, daß bei Nichterhöhung des Preises die notwendige Menge noch weit mehr hinter dem Voranschlage zurückbliebe, und daß also die ganze Brotversorgung in Frage gestellt würde. Verspricht also das „Nichtbewilligen" auf der einen Seite keine Rettung, so werden sich der Reichslandbund und die hinter ihm stehende Deutschnationale Volkspartei andererseits ebenso klar darüber sein müssen, daß diese Verdreifachung des Umlagepreises die äußerste Grenze des Tragbaren darstellt und von einer Vervierfachung gar keine Rede sein kann. Aus der Rückzugskanonade ihrer Presse darf man denn wohl auch schließen, daß sie sich damit zufrieden geben würde. Weniger durchsichtig ist für den Augenblick noch die Haltung der Sozialdemokratie. Sie hat sich bekanntlich auf ihrem Parteitage auf die Nichtbewilligung festgelegt und ihre Reichstagsfraktion hat desgleichen getan. Ihre Minister aber haben bei der Abstimmung im Kabinett der Tapferkeit besseres Teil gewählt und sich der Stimme enthalten. Ob man unter diesen Umständen von einem Konflikt zwischen der Partei und ihren Ministern sprechen kann, ist eine müßige Frage. Die Stellung des Reichskanzlers wird von alledem nicht berührt. Der Kanzler weilt bekanntlich in Urlaub und hat die Verhandlungen über diese Frage seinem Vertreter, dem Vizekanzler Bauer, überlassen, von dem er glauben durfte, daß gerade er die Verhandlungen mit der widerstrebenden Sozialdemokratie mindestens ebenso gut führen könne, wie er selbst. Vielleicht ist diese Tatsache nicht ohne Bedeutung, wenn jetzt der „Vorwärts" in verklausulierten Wendungen so etwas wie einen Rückzug antritt und meint, die Prophezeiung kritischer Ereignisse sei mindestens verfrüht. Wenn er dazu noch meint, man sehe in der Sozialdemokratie solchen Absichten sehr ruhig entgegen, wenn etwa anderwärts die Neigung bestehen sollte, aus der Sache eine regelrechte politische Krise zu entwickeln, so mutet das sogar fast wie eine Retourkutsche an. Unseres Wissens ist keine Partei leichtfertig genug, auch nur im entferntesten daran zu denken.

Was die Demokraten angeht, so werden sie unentwegt bemüht bleiben, diese kritische Angelegenheit ohne jeden politischen Beigeschmack zu schlichten und durchzuführen. Für sie ist die ganze Angelegenheit nichts als eine Art von Rechenexempel, das nach Recht und Billigkeit dahin durchzuführen ist, daß zwischen der dreifachen Erhöhung und der Ablehnung jeder Erhöhung ein mittlerer Weg gefunden werde, der zwar, wie vorauszusehen, weder Konsumenten noch Produzenten ganz befriedigen, aber doch den Interessen beider Teile einigermaßen gerecht wird. Nach wie vor hoffen sie, daß dieses ihr Bemühen bald von Erfolg gekrönt werde, so daß der Reichstag, wenn er am 18. Okt. zusammentritt, nicht unabsehbare parlamentarische Schwierigkeiten vorfindet. Angesichts der schweren Belastung, welche die Erhöhung des Brotpreises für die minderbemittelte Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221005015/fragment/page=0001

Völkerung mit sich bringt, hat die Regierung angekündigt, daß sie noch im Laufe dieser Woche mit den Vertretern der Arbeitsgemeinschaften über eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter in Verhandlungen eintreten wird. Das ist gewiß gut und notwendig, und kein Mensch wird den davon betroffenen Kreisen diese Erhöhungen neiden. Allein, es gibt auch noch andere Bevölkerungsschichten, die nicht in der angenehmen Lage sind, diese neue Verteuerung des Lebensunterhalts durch Steigerung ihres Einkommens irgendwie ausgeglichen zu sehen. Das sind vornehmlich die Kreise des gewerblichen Mittelstandes, des Handwerks und Kleinhandels und nicht zuletzt die freien Berufe, welche die geistigen Arbeiter umschließen, von den Kleinrentnern gar nicht zu reden. Was gedenkt die Regierung zu tun, um sie vor dem völligen Versinken in das Proletariat und vor dem immer mehr drohenden Verhungern zu schützen?

Der Rathenauprozeß.

Techows Vernehmung.

Leipzig, 4. Oktober. Der Tag des Prozesses gegen die Mörder des Ministers Rathenau, bringt zunächst die Vernehmung zur Tat selbst. Ernst Werner Techow wird zuerst vernommen. Ich war, so führte er aus, der einzige, der in Berlin als Angehöriger der Organisation C bekannt war. Günther wollte einen Rat darüber einholen, ob die Mitwirkung der Organisation C möglich sei. Ich habe das aber abgeschlagen. Darauf folgt die Vernehmung zur Tat selbst. Der Angeklagte berichtet, er habe einen gewissen Kinauer dorthin gerufen und um eine Zusammenkunft in der Pension Schoer gebeten worden. Dort lernte er Kern und Fischer kennen, die sich als Angehörige der Brigade Ehrhardt bezeichneten und einiges über den Stubenrauchschen Plan, von dem sie gehört hatten, erfahren wollen. — Vorsitzender: Was bezweckten die beiden damit? Wollten sie den Plan begünstigen? — Angeklagter: Sie fragten mich nach dem Stubenrauchschen Plan. Kern, der führende Teil bei der Unterredung, erwartete in Berlin ein Auto, das angeblich zur eine nationale Sache verwendet werden sollte. Er deutete an, daß es sich um die Befreiung von im besetzten Gebiet verhafteten deutschen Offizieren handelte. Daß dieses Auto mit dem Mordplan gegen Rathenau zusammenhing, ist mir nie eingefallen. Kern fragte mich, ob ich bereit sei, das Auto, das von Wien kommen werde, von der deutschen Grenze abzuholen, falls der eigentliche Fahrer verhindert wäre. Ich erklärte mich dazu bereit. Am Mittwoch, den 21. Juni, morgens fuhr ich mit Kern und Fischer im Auto zunächst ein wenig in Berlin herum und dann auf Kerns Geheiß nach dem Lützow-Platz, um zu meinen Erfahrungen Günther einstieg. Wir fuhren dann nach Brandenburg. Im Nikolassee stiegen alle aus. Während ich an dem Wagen herumarbeitete, an dem eine Zündkerze schadhaft war, gingen die drei anderen in den Wald, wo sie

Schießübungen

vornahmen. Das habe ich aber erst nachher erfahren, denn das Geräusch habe ich nicht gehört und Waffen sei ihnen nicht gesehen. Wir fuhren nach Berlin zum Bahnhof Friedrichstraße und zum Tiergarten, wo Salomon, Plaas, Günther, Franz, Kern und Fischer anwesend waren. Plaas war mit Tillessen inzwischen nach Berlin gekommen. Ich weiß nicht, wovon gesprochen wurde. Dann mußte ich eine Garage suchen. Kern, Fischer und der hinzukommende Tillessen fuhren mit nach Hundekehle. Dort stiegen die drei aus, während ich den Wagen nicht verlassen durfte. Auf der Rückfahrt stiegen die drei am Kurfürstendamm aus, um sich mich für den nächsten Morgen zur Weidendammbrücke und ich brachte den Wagen zur Garage.

Die Tat selbst

schildert Techow folgendermaßen: Am Vormittag habe er das Auto aus der Garage geholt. Kern und Fischer seien zugestiegen. Er habe geglaubt, es handle sich um eine Probe, da die Wagennummer nicht verdeckt worden sei. Kern sich äußerte, der Minister verlasse gegen 10 bis ½11 Uhr gewöhnlich seine Wohnung und sei verabredungsgemäß mehr zu Hause. — Auf Befehl Kerns fuhr das Auto in der Richtung nach dem Grunewald durch mehrere Straßen, bis Kern bei der Freytagstraße rief: „Einbiegen!" Hier wurde gehalten und Kern gab den Befehl zum Fertigmachen für die Reise. Als dann plötzlich auf der Königsallee ein Auto vorbeifuhr — das des Ministers Rathenau —, rief Kern: „Hinterher!" Und dann weiter: „Schneller! Schneller!" Bei einer Biegung der Königsallee in der Nähe der Wallottstraße kam dem verfolgten Auto ein Arbeitswagen entgegen. Infolgedessen mußte das Auto des Ministers stoppen.

Jetzt wurde es von dem Auto der Mörder überholt.

Im selben Augenblick fielen Schüsse. Der Angeklagte hörte außerdem noch einen lauten Knall wie das Platzen einer Handgranate. Gleich darauf gab Kern den Befehl, schnell weiterzufahren. Er fuhr nun in der Richtung Berlin zurück. Fischer und Kern verschwanden aus, worauf der Angeklagte das Auto nach der Garage in Schmargendorf fuhr und nach Hause ging, ohne sich jemals wieder um das Auto zu kümmern. Zu Hause hat er sich umgezogen und ist in den Klub gegangen, wo er Kern und Fischer traf, die Berlin verlassen wollten. Am Sonntag hat er geschlafen und ist am Montag nach Halle gefahren, von da nach Niederwünsdorf zu Bekannten. Ein sicherer Ort, wohin der Angeklagte aufsuchen wollte, war nicht zu Hause. Von Erfurt ist er dann auf das Gut eines anderen Onkels nach Frankfurt a. O. gefahren. Am nächsten Morgen hat sein Name in der Zeitung gestanden und dann ist er verhaftet worden. Dann wird die Vernehmung des ersten Angeklagten geschlossen.

Hans Gerd Techow

berichtet über die Verabredung zwischen Stubenrauch mit Kern und Fischer. Als Stubenrauch von seinem Mordplan erzählte, den Minister Rathenau zu erschießen, sei er von Kern und Fischer ironisch behandelt worden. Er selbst wurde stets von oben herab behandelt. Einmal, als er nach besonderen Vorgängen fragte, hat man ihm erklärt, er solle sich nicht um die Sachen kümmern, die sie verabredeten. Nach Beendigung der Vernehmung Hans Gerd Techows wird der von der Verteidigung geladene Hausarzt der Familie Techow Dr. Hirschfeld aus Berlin-Schöneberg als medizinischer Sachverständiger vernommen. Er schildert den Vater des Angeklagten als einen hochwertig veranlagten Menschen. Die Mutter sei sehr nervös. Ferner geht er auf die verunglückte Erziehung des Jungen durch seine Krankheit, den Ausbruch der Revolution und den Tod des Vaters ein. Hierauf wird die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Preußischer Landtag.

Berlin, 4. Oktober. Der Preußische Landtag setzte am Mittwoch die am Dienstag begonnene Aussprache über die Hilfsaktion für Oberschlesien fort. Eine große Anzahl von Anträgen sind von den einzelnen Parteien eingebracht, um die dringendste Not in Oberschlesien zu beseitigen. In der Aussprache wurde auch heute, wie am Dienstag bereits durch den Mund des Zentrumsabgeordneten Goebel, der traurigen Lage gedacht, in der sich die Flüchtlinge befinden, die mußten teilweise in Baracken ihr Obdach suchen, die menschenunwürdig sind. Teilweise sind sie in Schulen untergebracht worden, so daß für lange Zeit der Schulunterricht hat ausfallen müssen und noch weiter ausfallen wird. Es müssen also schleunigst Wohnungen geschaffen werden. Noch immer warten diejenigen, die in der Zeit der Abstimmung schwer an Leib und Gut gelitten haben, auf restlose Entschädigung. Als erster Redner sprach heute für die Sozialdemokraten der Abgeordnete Franz (Kattowitz), um schleunige Hilfe zu verlangen. Des weiteren begründete die Abgeordneten Lukassowitz (Dn.) und Jachmann (D. Vpt.) die Anträge ihrer Fraktionen. Zwischendurch wählte das Haus acht Mitglieder des Wahlprüfungsgerichtes, eine ziemlich langwierige Prozedur, da mit Zetteln gewählt wurde. Das Haus beschloß sodann die Besprechung der Anträge und Anfragen über Oberschlesien. Allgemein ist die große Not in Oberschlesien anerkannt. Als erster nahm das Wort der Kommunist Pieck, um eine gewaltige Schimpfkanonade gegen den Kapitalismus im allgemeinen und gegen die preußische Politik in Oberschlesien im besonderen zu eröffnen.

Das Landes- und Gewerbesteuergesetz.

Berlin, 5. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Der Finanzpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates erledigte in seiner Sitzung am 3. Oktober zunächst eine Reihe von Eingaben und beschäftigte sich hierauf mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Landessteuergesetzes vom 30. März 1922, das ihm vom Reichsfinanzministerium erneut zur Stellungnahme vorgelegt worden war. In der Erörterung wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß die den Gemeinden zugebilligten Anteile den ihnen auferlegten Lasten keineswegs entsprächen. Im besonderen sei die für Mehraufwendungen infolge von Besoldungsgesetzen vorgesehene Deckung nicht ausreichend. Bezüglich der Getränkesteuer wollte ein Mitglied anstelle der Tarifsätze, bemessen nach der Menge des steuerbaren Getränkes, Prozentsätze, die nicht durch die Geldentwertung illusorisch werden, eingeführt wissen. Von anderer Seite wurde eine Revision der Sätze, die bei der allgemeinen Preissteigerung vom Erzeuger und Verbraucher drückend empfunden würden, verlangt. Des weiteren betonten Vertreter aller Wirtschaftsgruppen, daß gleichzeitig mit der Landessteuergesetz eine Regelung der Gewerbesteuer vorgenommen werden müsse, so etwa, daß eine Höchstgrenze der Besteuerung für die Gemeinden festgesetzt werde. Es müsse auf jeden Fall einer Ueberspannung der Gewerbesteuer, die dazu führen würde, die Kapitalkraft der Gewerbetreibenden und damit die deutsche Wirtschaft zu vernichten, vorgebeugt werden. Die augenblicklich herrschenden Zustände, daß die Gemeinden ihre Ausgaben mittels der Gewerbesteuer auf die Wirtschaft abwälzen könnten, seien unhaltbar. Zuschläge zur staatlichen Gewerbesteuer, die die Gemeinden noch dazu vom Ertrag nicht nur vom Reingewinn erheben, erreichen nicht selten 7000 bis 10 000 Prozent. Die Handhabung der Gewerbesteuern im Reiche habe zudem zu einer unerträglichen Ungleichheit geführt. Es müsse eine Relation zwischen der Gewerbesteuer und dem Anteil der Gemeinden an den Reichssteuern gefunden werden. Die Klärung aller dieser Fragen wurde einem Unterausschuß von 15 Mitgliedern übertragen, dem es freisteht, Sachverständige zu vernehmen. Der Ausschuß vertagte sich hierauf auf den 19. Oktober.

Transportstockungen bei der Ernte-Einfuhr.

Einschränkung des Personenverkehrs?

Berlin, 5. Oktober. In der Abrollung der Ernte gingen sich bereits auf der Eisenbahn verhängnisvolle Stockungen infolge Wagenmangels. Bei Erhöhung der Schwierigkeiten hält man eine notwendige Einschränkung des Personen- und Warenverkehrs zugunsten der Ernteeinbringung für unabwendbar. Für den Kartoffeltransport hat die Eisenbahn eine weitere 20prozentige Ermäßigung auf den September-Ausnahmetarif zugestanden.

*

Rückgang des Ernte-Ertrages.

Das jetzt vorliegende statistische Material über den Ertrag der diesjährigen Getreideernte läßt erkennen, daß trotz der verschwindend geringen Verminderung der Anbaufläche gegenüber dem Stande von 1913 der diesjährige Ernteertrag unter der Ungunst des Wetters außerordentlich zurückgegangen ist. Während 1913 auf 1 676 575 Hektar 4 043 084 Tonnen Weizen geerntet wurden, erbrachte die jetzige Weizenernte auf 1 319 220 Hektar Anbaufläche nur 1 895 723 Tonnen Weizen. Roggen (1913 auf 5 295 187 Hektar 10 131 807 Tonnen) bringt diesmal auf 4 128 084 Hektar 5 822 090 Tonnen. Für Sommergerste (1913 auf 1 381 366 Hektar 3 040 218 Tonnen) 1922 auf 1 149 773 Hektar 1 581 367 Tonnen. Hafer (1913 auf 3 924 766 Hektar 8 618 618 Tonnen) 1922 auf 3 198 954 Hektar 4 130 780 Tonnen.

Reform der Angestelltenversicherung.

Wegfall der Grenze.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages hat seine Arbeiten mit der Beratung eines Gesetzentwurfes zur Angestelltenversicherung wieder aufgenommen. Dieser Entwurf, der seit Juni 1921 vorliegt, soll jetzt so schleunigst verabschiedet werden, daß er noch vor dem 1. November in Kraft treten und daß die in der Angestelltenversicherung ab 1. Januar zur Einführung gelangende Beitragserhebung durch Marken schon mit dem neuen Betrage vorgenommen werden kann. Alle Redner des Ausschusses erklärten, daß bei dieser Gelegenheit auch die Frage der Selbstversicherung in der Angestelltenversicherung geregelt werden müsse. Der Demokrat Erkelenz führte aus, daß bei der großen Uebereinstimmung, die unter allen Parteien dieses Ausschusses herrsche, die Angelegenheit jetzt behandelt werden könne, ohne daß das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet würde. Dann wandte sich die Debatte der Versicherungsgrenze zu. Der Regierungsvertreter wandte sich gegen deren Aufhebung, da gut besoldete Angestellte sich selbst im Alter noch versorgen könnten. Die Einbeziehung namentlich leitender Persönlichkeiten würde eine soziale Ungerechtigkeit gegen die anderen Bevölkerungsschichten bedeuten. Die Aufhebung der Versicherungsgrenze müsse auch Folgen für die Krankenversicherung haben. Der Demokrat Erkelenz stellte sich grundsätzlich auf den Standpunkt der Regierung. Da durch die fortgesetzte Aenderung der Versicherungsgrenze infolge der Entwertung des Geldes die Verwaltung überlastet würde, müsse man nach einem Ausweg suchen. Seine Freunde würden daher der Aufhebung der Versicherungsgrenze bis zur zweiten Lesung zustimmen. Diese wurde gegen die Stimmen des Zentrums aufgehoben, das aber seine endgültige Entscheidung bis zur zweiten Lesung zurückstellen will.

Die Markkäufe des Auslandes.

Haag, 4. Oktober. „New York World" hat berechnet, daß Amerika seit dem Kriege ein Kapital von nicht weniger als 240 Millionen Pfund Sterling (4,8 Milliarden Goldmark) in Papiermark angelegt hat. Im ganzen kaufte es 80 Milliarden Papiermark zu einem Durchschnittskurs von 12 Dollar pro Tausend. Diese Markbeträge sind heute höchstens noch 14 Millionen Pfund Sterling wert. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß in der letzten Sonderausgabe des „Manchester Guardian", die dem Wiederaufbau gewidmet ist, ausgerechnet werde, daß 1919, 1920 und 1921 ohne Zweifel die Zeit der größten Markspekulationen war.

Diskontierung der ersten Schatzwechsel.

Berlin, 5. Oktober. Wie von verschiedenen Seiten gemeldet wird, hat ein schweizerisches Finanzkonsortium unter Führung des Schweizerischen Bankvereins die ersten an Belgien begebenen sechsmonatigen deutschen Schatzwechsel, insgesamt in Höhe von 96 Millionen Goldmark, gleich 118,92 Millionen Schweizer Franken, diskontiert, und zwar zu 4½ v. H.

„Die Deutschnationalen koalitionsunfähig!"

Ein volksparteiliches Urteil.

Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt: „Die Deutschnationalen haben nicht den Mut gehabt, sich von den Ultras zu trennen. Das ist ein offenes Geheimnis. Im Landtag haben sie durch den Abgeordneten Baecker schwerste Beschuldigungen gegen die Herren Stresemann und von Campe erhoben. Dr. Stresemann hatte in Breslau warnend gesagt, daß ein Zusammengehen mit Männern von Bullescher Geistesrichtung nicht möglich sei. Diese Ausführungen Baeckerscher Tonart klären die Situation, weil wir nun wissen, daß diese Herren auf eine freundschaftliche Fühlung mit uns fortan kein Gewicht mehr zu legen scheinen. Wie groß muß die Nervosität in den deutschnationalen Reihen sein, wenn sie in diesem Augenblick eine solche Rede halten lassen! Anscheinend haben wirklich die, die die allgemeine Atmosphäre nach Düringers Wort vergiftenden und die Deutschnationalen koalitionsunfähig machten, die Oberhand über die vielen ruhigen Elemente gewonnen, die unzweifelhaft auch in diesen Kreisen vorhanden sind. Die Rolle des Porzellanzerschlagens überlassen wir gern Herrn Baecker ganz allein."

Die Gärungen in den sozialistischen Parteien

dauern in allen Ländern noch an. In Schweden sollen Verhandlungen über den Zusammenschluß der getrennten sozialistischen Gruppen angebahnt werden, dagegen ist die Spaltung der italienischen Partei, die allerdings nur noch 73 000 organisierte Mitglieder zählt, erfolgt. Die deutschen Unabhängigen, die unter Führung Ledebours und Liebknechts die Einigung nicht mitgemacht haben, wollen ihrer Gruppe den alten Namen U. S. P. D. beilegen und geben eine eigene Zeitung „Der Klassenkampf" heraus.

Die Löhne im Braunkohlenbergbau.

Berlin 5. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Im Reichsarbeitsministerium wurden Schiedssprüche über die Löhne im Braunkohlenbergbau gefällt. Diese sehen eine Erhöhung der Schichtlöhne vor, die für den rheinischen Braunkohlenbezirk 100 Prozent, für den Düttener 91 Prozent, für die Kernreviere des mitteldeutschen Bezirks 92 Prozent der für das Ruhrgebiet vorgesehenen Lohnerhöhung betragen. Für die Randreviere des mitteldeutschen Braunkohlenbezirks ist eine Erhöhung von 90 Prozent, für den bayerischen Braunkohlenbergbau um 90—94 Prozent der für die Kernreviere des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues bewilligten Zulagen festgesetzt. Für den oberhessischen und den Westerwälder Braunkohlenbergbau beträgt die Lohnerhöhung 138 Mark in der Spitze je Mann und Schicht. In diesen Lohnerhöhungen ist eine Erhöhung der sozialen Zulagen einbegriffen. Die Frist zur Erklärung über die Annahme der Schiedssprüche läuft am 9. d. M. ab.

Neues vom Tage

Der Kongo trocknet aus. Reisende, die in Antwerpen angekommen sind berichten, daß die letzten Monate im belgischen Kongo besonders trocken waren. Der Wasserstand des Kongo selbst und seiner Nebenflüsse sei in beunruhigendem Maße gefallen. Die Schiffahrt stoße auf viele Schwierigkeiten und mehrere Unglücksfälle seien bereits vorgekommen.

Der Hausbesitzerstreik in Wien. Die Mieter halten Versammlungen ab, um Abwehrmaßnahmen gegen den Streik zu treffen. Die Arbeiterzeitung fordert die Mieter auf, in allen Häusern Ausschüsse zu bilden, die mit entsprechenden Anzeigen an den Magistrat, die Polizeidirektionen und evtl. das Strafgericht vorzugehen haben. Der Streik, dessen Beginn für gestern abend angesetzt war, hat sich bis in die späten Abendstunden wenig geltend gemacht. Nur einzelne Häuser sind geschlossen und ohne Treppenbeleuchtung. Die Wasserleitung ist beinahe nirgends abgesperrt.

Eisenbahnunglück in Serbien. Im Süden von Nisch stieß ein Personenzug infolge falscher Weichenstellung mit einem Güterzug zusammen, wobei 11 Personen getötet, 20 Personen schwer und 30 leicht verletzt wurden.

Amerikanische Millionärstatistik. Nach der in der vorigen Woche erschienenen amerikanischen Vermögensstatistik gab es Ende 1920 33 Amerikaner mit seinem jährlichen Einkommen von mehr als einer Million Dollar und fünf mit einem Einkommen von mehr als fünf Millionen Dollar. Nach dieser Statistik ist Rockefeller noch immer der reichste Amerikaner. Sein jährliches Einkommen beträgt mehr als acht Millionen Dollar. Henry Ford und sein Sohn Edsel haben je fünf Millionen Dollar Einkommen. Das wichtigste an dieser Statistik ist der Rückgang der Zahl der Einkommensmillionäre. 1914 gab es 60 Personen mit einem Einkommen von über einer Million Dollar. Diese Zahl stieg 1916 auf 206, ging aber 1918 wieder auf 67 zurück.

Tödlicher Unfall bei der A. D. A. C.-Reichsfahrt. Die gestrige erste Etappe der Reichsfahrt des A. D. A. C. auf regennasser Straße brachte zahlreiche Niederbrüche und Unfälle. Ein Düsseldorfwagen fuhr in den Graben und erlitt Steuerbruch, wobei der als Gast mitfahrende holländische Journalist van Hooven tödlich verunglückte.

Das Schlemmerleben der Besatzungstruppen. Nach einer zuverlässigen Zusammenstellung haben die Besatzungstruppen der Alliierten im letzten Jahre für 118 777 648 M. Wein und 124 733 Flaschen Sekt vertilgt. Da die Angehörigen der Besatzungstruppen von der Wein- und Sektsteuer befreit sind, ihm dem Reichsfiskus 20 Millionen Steuern entgangen. Außerdem konnten rund 19 000 M. Bierseuren und 2 Millionen Tabaksteuern nicht eingezogen werden.

Die Befreiungshalle zu Kelheim in Gefahr! Der zur Erinnerung an die Befreiungskriege von dem Michaelisberge westlich von Kelheim von Ludwig II. von Bayern errichtete Rundbau ist durch die Pläne einer dortigen Zellulosefabrik bedroht. Der Bayerische Ausschuß für Naturpflege hat in einem Aufrufe zum Schutze dieses Bauwerkes aufgefordert. Es ist zu befürchten, daß die Fabrik durch Abholzungen des Waldes in unmittelbarer und in der weiteren Umgebung des Baudenkmals die Wirkung der Befreiungshalle zerstört und den bewaldeten Höhen zwischen Donau und Altmühl ihre Eigenart nimmt. Wie es heißt, sollen an dem an sich deutschen Fabrikunternehmen größere Mengen ausländischen Kapitals arbeiten.

Die letzte Schlacht ohne Pulver. Die 600-Jahres-Gedächtnisfeier der Schlacht bei Mühldorf a. Inn, wo Kaiser Ludwig der Bayer seinen Gegenkönig Friedrich den Schönen von Oesterreich am 28. September 1322 besiegte und gefangen nahm, die letzte Schlacht, bevor Pfeil und Bogen in die Kriegsgeschichte eintraten, wurde in der auf dem Schlachtfeld bei Ampfing erbauten, 1500 Personen fassenden Festhalle durch ein historisches Festspiel im Rahmen eines Volksfestes begangen, das vom 24. September bis 1. Oktober dauerte. Zum Hauptfestzug waren Kronprinz Rupprecht mit seiner Gemahlin, Prinz und Prinzessin Alfons von Bayern, die Staatsräte Graßmann, Staatsminister Dr. Schweyer, Regierungspräsident von Kahr, Generaloberst von Lossow, die Generale Ludendorff und von Epp, eine größere Anzahl Landtagsabgeordneter und Vertreter der Behörden mit Sonderzug nach Ampfing gekommen.

Einen besonders krassen Fall von Schwerfälligkeit einer Behörde schildert uns eine Zuschrift. Bei sämtlichen Warensendungen ins Ausland wird die „statistische Gebühr" erhoben, auf die Rückseite der Warenbegleitadresse müssen die dafür vorgeschriebenen Marken geklebt werden. Infolge des hohen Nominalwertes heutiger Sendungen beträgt die statistische Gebühr oft mehrere hundert Mark, die Post gibt aber dazu nur Marken im Werte von einer und fünf Mark aus. So hatte neulich eine Firma bei einer Sendung im Werte von über 8 Millionen Mark hundert Marken à 5 Mark und 306 Marken à 1 Mark auf das Formular zu kleben. Auf dem Formular selbst hatten 80 Marken Platz. Die übrigen 326 mußte der Angestellte, der die Sendung behandelte, auf vier aneinanderzuklebenden halben Bogen, die an das Formular angeklebt wurden, aufkleben. Es entstand eine Papierschlange von rund 1½ Meter Länge, groß genug, um aus ihr ein Heft für ein Schulkind herzustellen. Der Angestellte hat dazu eine halbe Stunde gebraucht usw. Könnte man nicht die vorhandenen Markenbestände durch Ueberdruck auf einen höheren Werte versehen? Wäre nicht auch etwas Initiative in Behörden möglich, da doch das gesamte deutsche Volk gezwungen ist, seine Arbeitsleistung zu erhöhen?

Hallischer Witterungsbericht.

	4. Oktober 9 Uhr abends	5. Oktober 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	753.1	753.2
Thermometer Celsius	12.6	8.5
Rel. Feuchtigkeit %	98%	99%
Wind	NW 1	C

Maximum der Temperatur am 4. Oktober 15.2 C.
Minimum in der Nacht von 4. Oktober zum 5. Oktbr. 6.8 C.
Niederschläge am 5. Oktober 7 Uhr morgens 5.4 mm.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221005015/fragment/page=0002